

Das globale „CO₂-Budget“



Damit ist jene CO₂-Menge gemeint, die nach Meinung maßgebender Klimawissenschaftler bis Ende des Jahrhunderts durch menschliche Tätigkeit noch in die Atmosphäre entlassen werden darf, ohne dass die globale Mitteltemperatur im Vergleich zu einem willkürlich gewählten Zeitpunkt der Erdgeschichte (1850) um mehr als 2 Grad ansteigt. Davon abgeleitet werden jährliche Emissionsmengen, die mit fallender Tendenz noch „zulässig“ sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Die vergangenen drei Jahre haben Mut gemacht, weil der Anstieg der globalen Emissionen zum Stillstand gekommen war und 2016 sogar sank. Lohn für zigtausende Konferenzmitglieder, die in all den Jahren den Globus umrundeten und tage- und nächtelang Formulierungen debattierten? Endlich der Erfolg nach 23 Vertragsstaatenkonferenzen und 13 Konferenzen der Unterzeichnerstaaten des Vertrags von Kyoto seit 1992?

Zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, an dem der Klimakongress in Bonn noch tanzt, fällt eine Studie aufs Parkett, die für 2017 wieder deutlich steigende CO₂-Emissionen [prognostiziert](#). China erhöht seinen Ausstoß um 3,5 Prozent, heißt es. Europa und USA senken nur minimal und können das nicht kompensieren. China steigert seine Kohleförderung um 5,7 Prozent, weil die Wirtschaft in den ersten drei Quartalen um fast sieben Prozent wuchs. Es zeigt sich, dass der gestoppte Aufwärtstrend der vergangenen drei Jahre nicht der Erfolg der Klimaretter war, sondern die Folge einer kleinen chinesischen Wirtschaftskrise oder Wachstumsdelle, die nun überwunden ist. Die chinesische Abgaswolke wächst 2017 absolut um etwa 400 Millionen Tonnen, das ist Pi mal Daumen die Hälfte der deutschen jährlichen CO₂-Emission.

Abgesehen von den Zahlen, die unsere vorreitenden politischen Entscheidungsträger ohnehin wenig interessieren, hat uns China politisch-moralisch enttäuscht. Nach Paris 2015 und dem von Trump angekündigten Ausstieg aus dem Vertrag schien das große Reich im Osten ein Vorbild. Rekordinvestitionen in regenerative Energien und die Ankündigung, Kohlekraft reduzieren zu wollen, machte das Land in deutschen Qualitätsmedien zum Vorbild und Vorreiter. Ein verknöchertes Grüner wie Jürgen Trittin, der „Zombie von Jamaika“ (Wolfram Weimer), jubelte noch im Juli in einem DLF-Interview: „Wir haben eine Politik des Klimaschutzes in China, wo man 100 großen Kohlekraftwerken den Stecker gezogen hat. Davon könnten wir in Deutschland lernen . . .“. Von einer neuen „Klimaachse EU – China“ schwärmte klimaretter.info.

Natürlich will China seine Luftqualität verbessern und es werden alte Kohlekraftwerke stillgelegt – aber eben auch neue gebaut. Das Land und sein Energiehunger sind so groß, dass alle verfügbaren Energiequellen genutzt werden, regenerative wie konventionelle. Eine Entweder-oder-Konstruktion herzustellen bleibt einer Weltsicht überlassen, die nicht nur grün, sondern primitivgrün ist. Peking hat in Paris zugesichert, seine Emissionen ab 2030 senken zu wollen. Vorwürfe sind also nicht angebracht.

Klimapapst Schellnhuber zeigt auf die neue Studie nur den gewohnten pawlowschen Reflex. Deutschland muss handeln, ehrgeiziger und schneller. Die [Klimaschutzlücke](#)® nach Hendricks zum Erreichen der deutschen Ziele soll noch schneller geschlossen werden. Dass diese 30 Millionen Tonnen bis 2020 im Vergleich zum chinesischen Zuwachs 2017 eine vernachlässigbare Größe sind, ficht den Berater der Bundesregierung nicht an. Die Frage, welche Globaltemperaturerhöhung 30 Millionen Tonnen CO₂ zur Folge haben, wird von ihm nicht beantwortet.

Jegliche am grünen Tisch gemalten Emissionspfade, die nach 2050 einen drastischen Abfall in Richtung einer globalen Dekarbonisierung zeigen, kann man getrost in die Tonne treten. Herr Edenhofer vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) sprach 2016 von noch verfügbaren 200 Milliarden Tonnen im „Budget“. Die sind in fünf Jahren verfrühstückt.

Die Realitäten sind anders, als von 25.000 Teilnehmern in ihrer Echokammer gewünscht. Die erreichbaren Minderungen schwanken oder verschwinden unter dem „Atmen“ der chinesischen Konjunktur.